SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Multilateralismus im Hohen Norden: Die Ukrainekrise droht, die Arktisdiplomatie zu versicherheitlichen

Kassow, Jonas

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Kassow, J. (2015). *Multilateralismus im Hohen Norden: Die Ukrainekrise droht, die Arktisdiplomatie zu versicherheitlichen.* (DGAP kompakt, 12). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-53930-0

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

DGAPkompakt

Nr. 12 / September 2015

Multilateralismus im Hohen Norden
Die Ukrainekrise droht, die Arktisdiplomatie zu versicherheitlichen

Jonas Kassow

Im April dieses Jahres übergab Kanada den Vorsitz des Arktischen Rates an die USA; in der Arktis waren diese bislang kein starker Akteur. Doch gerade jetzt gefährdet die Ukrainekrise die bisher gut funktionierende internationale Zusammenarbeit mit Russland in der Arktis. Gleichzeitig ist angesichts signifikanter umweltpolitischer Herausforderungen und der steigenden wirtschaftlichen Relevanz des Hohen Nordens multilaterale Zusammenarbeit in der Region wichtiger denn je – es gilt sicherzustellen, dass diplomatische Lösungen auch in Zukunft möglich sein werden.

Auswirkungen der Ukrainekrise

War die Arktis[1] im Kalten Krieg noch ein strategisches Aufmarschgebiet der Blöcke,[2] gab es nach 1991 kaum noch sicherheitspolitisches Konfliktpotenzial. Vielmehr zeichnete sich das Miteinander in der Arktis durch ein hohes Maß an multilateraler Zusammenarbeit aus, welche die Schaffung des Arktischen Rates im Jahr 1996 institutionalisierte. Bis zum Beginn der Ukrainekrise schienen Konflikte außerhalb des Polarkreises nicht in der Lage, den diplomatischen Austausch über arktische Themen und die Kooperation der Anrainer zu erschüttern.

Doch seit dem Beginn der Ukrainekrise werden keine russischen Vertreter mehr zu Treffen des Arctic Security Forces Roundtable[3] eingeladen. Gemeinsame Militärübungen, wie zum Beispiel Northern Eagle unter Beteiligung der USA, Russlands und Norwegens, wurden abgesagt. Die Kooperation im militärischen Bereich ist nahezu zum Erliegen gekommen.[4] Auf diplomatischer Ebene funktioniert die Zusammenarbeit vorerst noch; dies war nicht unbedingt zu erwarten, nachdem Kanada – damals noch Vorsitzender des Arktischen Rates – im April letzten Jahres aus Protest gegen die Annektierung der Krim einem Treffen des Arktischen Rates in Russland fernblieb. Was ist nun von der US-amerikanischen Präsidentschaft des Rates zu erwarten? Ein Blick auf die bisherige Stellung der Arktis in der US-Politik kann erste Auskünfte geben.

Die USA als arktische Nation?

Während des Kalten Krieges war die Arktis für die USA vornehmlich als Frühwarnsystem für einen Angriff der Sowjetunion von Bedeutung. In den 1950er-Jahren wurde zu diesem Zweck eine Kette aus Radarstationen errichtet (die „Distant Early Warning Line“, die in den 1980er-Jahren durch das „North Warning System“ ersetzt wurde). Außerhalb des militärischen Bereichs war die Arktis vornehmlich für den Bundesstaat Alaska, dessen Territorium zumindest partiell zur Arktis gehört, von Interesse; in den USA war die Arktis also lange Zeit ein regionalpolitisches Thema.[5] Lediglich der Rechtsstreit mit Kanada über die Stellung der Nordwestpassage als internationaler Schifffahrtsroute (in der Auslegung der USA) oder als Binnengewässer (nach Ansicht Kanadas)[6] schien in Washington Gehör zu finden, da die kanadische

Auslegung einen Präzedenzfall schaffen könnte, der auch in anderen Regionen der Welt die Navigationsfreiheit der US-Marine einschränken würde.[7] Kurz gesagt, die US-Amerikaner sahen sich bislang nicht als eine arktische Nation. Dies scheint sich nun langsam zu wandeln. Im Rahmen der Glacier-Konferenz (30. bis 31. August in Anchorage, Alaska) starteten Präsident Barack Obama und sein Außenminister John Kerry eine Kampagne, die neben dem Werben für verbesserten Klimaschutz auch die Sichtbarkeit der Arktis in den USA im Allgemeinen erhöhen soll. Obama treibt schon seit längerem die politische Auseinandersetzung mit der Arktis voran: Im Mai 2013 gab das Weiße Haus eine nationale Arktisstrategie heraus, kurze Zeit später folgten weitere Dokumente des Verteidigungsministeriums und der Küstenwache. All diese Strategien heben neben dem traditionellen Fokus auf sicherheitspolitische Fragen die steigende ökonomische Attraktivität der Arktis hervor. Gleichzeitig sprechen sie Gefahren an, die durch die industrielle Nutzung der Region entstehen und stellen die Notwendigkeit multilateraler Zusammenarbeit vor allem im Arktischen Rat heraus. Im Januar 2014 zog das Weiße Haus mit einem Implementierungsplan für die nationale Arktisstrategie nach: Anstrengungen im Bereich der Vorsorge gegen eine Ölkatastrophe in der Arktis werden hier ebenso eingefordert wie die Nutzung des Arktischen Rates für die Durchsetzung US-amerikanischer Interessen.[8]

Im Fokus der US-Ratspräsidentschaft stehen nun klimapolitische Fragen und die Verbesserung der Lebensbedingungen für die arktische Bevölkerung. Eine weitere inhaltliche Säule ist die Auseinandersetzung mit der Frage, wie trotz zunehmender Schifffahrt die Sicherheit in arktischen Gewässern gewährleistet werden kann.

Infrastrukturaufbau für den Katastrophenfall

Da sich im Arktischen Rat zur Zeit keine Mehrheit findet, um Offshore-Ölbohrungen und andere potenziell umweltgefährdende Ausbeutungsmaßnahmen in der Arktis zu verbieten, sollte mehr in die nötige Infrastruktur investiert werden, welche die Folgen einer Katastrophe abmildern könnte. Haben die USA aus der Katastrophe um die Deepwater Horizon im Golf von Mexiko aus dem Jahr 2010 gelernt? Möglicherweise nicht genug: Zwar haben die USA diverse Kommissionen und neue Abteilungen in regionalen und nationalen Behörden geschaffen, die zur Verbesserung der Koordinierung und allgemein zur Erarbeitung strengerer Standards im Offshore-Bereich beigetragen haben; doch die reibungslose Umsetzung von Rettungsmissionen im Falle einer Ölkatastrophe ist weiterhin zweifelhaft. Aktuell besitzen die USA nur zwei operationsfähige Eisbrecher; dies erscheint zu wenig, um im Falle eines Schiffsunglücks oder einer Ölkatastrophe Menschenleben zu retten, Equipment zu transportieren und die Transportwege eisfrei zu halten. Im Fall der Deepwater Horizon spielte sich das Unglück im Herzen der US-amerikanischen Ölindustrie im Golf von Mexiko ab; dennoch dauerte es Wochen, bis die Lage unter Kontrolle gebracht werden konnte. Eine Rettungsaktion in der Tschuktschensee zwischen der Nordwestküste Alaskas und der Nordostküste Russlands, in der der Mineralölkonzern Royal Dutch Shell seine Erkundungsbohrungen durchführen möchte, wäre undenkbar schwieriger. Sollte sich dort ein Zwischenfall ereignen, der die Unterstützung der US-Küstenwache erforderte, würden die beiden Eisbrecher[9] vom Heimathafen aus etwa sieben bis zwölf Tage Reisezeit benötigen, um an den Einsatzort zu gelangen. Im Ernstfall ruht die Hoffnung auf einer Vereinbarung zur internationalen Zusammenarbeit im Falle einer Ölkatastrophe, die im Jahr 2013 beim Gipfeltreffen des Arktischen Rats im schwedischen Kiruna beschlossen wurde.

Das Ressourcenpotenzial der Arktis

Das Abschmelzen des arktischen Meereises,[10] das Tauen des Permafrostbodens und die damit steigende Wahrscheinlichkeit der Nutzung darunterliegender Ressourcen scheinen speziell bei den Marktführern im Gas- und Öl-Bereich große Hoffnungen auf neue Fördergebiete geweckt zu haben. Die meisten Prognosen über die Bodenschätze der Arktis beziehen sich auf eine Studie des US Geological Survey aus dem Jahr 2008, laut der sich 13 Prozent der noch unentdeckten Ölreserven und 30 Prozent der noch unentdeckten Gasreserven in der Arktis befinden könnten. Von den gesamten vermuteten Reserven sollen sich etwa 22 Prozent auf dem Territorium der USA befinden.[11] Mehr als die Hälfte (52 Prozent) werden in Russland (größtenteils Gas), 12 Prozent in Norwegen, 11 Prozent in Grönland und 5 Prozent auf kanadischem Gebiet vermutet.[12] Die mediale Berichterstattung berücksichtigt häufig nicht, dass wirtschaftlich abbaubare Reserven nicht das gleiche sind wie vermutete Ressourcen. Des Weiteren ist oft unklar, ob die Bodenschätze in zusammenhängenden Gebieten liegen, oder ob es sich um versprengte kleine Inseln handelt. Unbestreitbar ist, dass außer den USA[13] alle Staaten der „arktischen Fünf“ (Russland, Norwegen, Kanada, USA und Dänemark) offiziell Territorialansprüche angemeldet haben – Kanada bereitet derzeit noch eine erweiterte offizielle Eingabe bei der *Commission on the Limits of the Continental Shelf* vor, die dem Vernehmen nach auch den Nordpol umfassen soll. Noch gibt es aber keine ernstzunehmenden Anzeichen

dafür, dass konfligierende Ansprüche außerhalb der bestehenden internationalen Rechtsnormen gelöst werden sollen; zuletzt hatten sich 2010 Norwegen und Russland über den Grenzverlauf in der Barentssee geeinigt.[14]

Da sich die meisten der vermuteten Reserven unterhalb des Meeresbodens befinden, ist eine Extraktion nur durch die Nutzung von Offshore-Technologien möglich. Doch die Errichtung von Bohrinseln in arktischen Gewässern ist aufwendig, teuer und erfordert besondere Sicherheitsmaßnahmen. Die durch den Erfolg des Fracking stark gesunkenen Preise auf dem Gasmarkt und der derzeit niedrige Ölpreis lassen die Investmentrendite im arktischen Offshore-Bereich schrumpfen. Diverse westliche Firmen sahen daher von ihren Plänen ab, Erkundungsbohrungen durchzuführen oder geplante Projekte zu verwirklichen.[15] Zudem reduzieren die schwierigen Bedingungen vor Ort die Anzahl von fähigen Akteuren mit dem nötigen Fachwissen.[16] Der Großteil der Investitionen in Offshore-Projekte ist nach wie vor auf russischem und norwegischem Gebiet geplant. Durch die in Folge der Ukrainekrise verhängten Sanktionen[17] ist es jedoch für westliche Firmen schwer bis unmöglich geworden, sich mit ihrem Fachwissen an Projekten im Bereich der Ölförderung zu beteiligen. Im Oktober 2014 musste ExxonMobil aus einem Joint Venture mit Rosneft in der Karasee aussteigen.[18] Es ist zu erwarten, dass sich auch bei anderen Firmen Projekte verzögern oder ganz auf Eis gelegt werden. Doch trotz aller Hindernisse gibt es Projekte, an denen festgehalten wird: Shell möchte noch dieses Jahr vor der Küste Alaskas Erkundungsbohrungen durchführen. Sollte Shell dabei auf Öl stoßen und sich keine neuen rechtlichen Hürden oder andere Rückschlage ergeben, könnte dieses Projekt eine Initialzündung für den amerikanischen Offshore-Markt in der Arktis bedeuten.[19] In Russland ist man deutlich weiter. Dort stellte Gazprom Neft schon 2013 den Bau der Ölplattform Prirazlomnaya fertig.[20] Doch insgesamt wird die großflächige Ausbeutung arktischer Bodenschätze von der Entwicklung der Gas- und Ölpreise auf dem Weltmarkt abhängen. Sollten derzeitige Trends anhalten, ist nicht zu erwarten, dass es in naher Zukunft tatsächlich zu einem Ansturm auf die arktischen Reserven (im Offshore-Bereich) kommen wird.

Anders sieht es hingegen beim Schiffsverkehr aus. Experten streiten zwar über die Möglichkeiten der profitablen Nutzung der Nordostpassage, doch insgesamt deutet der Trend auf mehr Schiffsverkehr in der Arktis hin.[21] Die knapp vier Millionen Bewohner und die steigende Zahl von Arbeitern müssen mit lebensnotwendigen Gütern versorgt werden. Auch Touristen entdecken die Region für sich, die meisten kommen per Kreuzfahrschiff. Mit der Zunahme von Ressourcenausbeutung und dem Schiffsverkehr im Allgemeinen ist es notwendig geworden, dass die arktischen Staaten tatsächlich in den Aufbau von Kapazitäten zur Eindämmung von Ölkatastrophen und in die Seenotrettung investieren.

Russlands Relevanz

„Wir spielen nicht einmal in einer Liga mit Russland“[22] antwortete kürzlich ein Kommandant der US-Küstenwache auf die Frage nach der Möglichkeit eines „Kalten Krieges“ und nach den Fähigkeiten der USA in der Arktis. Diese sind derart limitiert, dass die US-Küstenwache schon 2010 zu dem Ergebnis kam, dass sie mindestens drei schwere und drei mittlere Eisbrecher bräuchte, um ihren Aufgaben in Arktis und Antarktis auch nur grundlegend nachzukommen.[23] Russland hingegen ist der stärkste Akteur in der Arktis. Das Land besitzt bereits 19 Eisbrecher, insgesamt befinden sich derzeit 14 Eisbrecher im Bau.[24] Weitere 21 Eisbrecher befinden sich im Besitz von Firmen wie Gazprom Neft, Lukoil und anderen.[25] Die Modernisierung seiner militärischen Infrastruktur in seinen arktischen Regionen wird Russlands herausgehobene Stellung auch im zivilen Sektor nur noch deutlicher unterstreichen. Eine Isolation Russlands kann daher weder im Interesse der übrigen arktischen Staaten noch im Sinne der Beobachternationen im Arktischen Rat sein. Denn im Falle eines großen (Schiffs-) Unglücks wäre man auf die russischen Fähigkeiten im Hohen Norden angewiesen. Außerdem machen die Auswirkungen eines Schiffsunglücks oder eines Lecks bei einer Ölbohrung nicht vor Landesgrenzen halt – Mindeststandards müssen multilateral vereinbart werden.

Ein drohendes Sicherheitsdilemma?

Die überarbeitete russische Marinedoktrin vom 26. Juli dieses Jahres sieht die Aufrüstung der russischen Flotte vor. Darin werden Arktis und Atlantikraum deutlich als strategisch wichtige Gebiete deklariert. Die Arktis soll Russland den Zugang zu den Weltmeeren ermöglichen und dem Land gleichzeitig Ressourcen liefern. In der russischen Lesart ist diese Strategie als Reaktion auf NATO-Maßnahmen zu verstehen. Vor dem Hintergrund der Ukrainekrise fassen die anderen arktischen Staaten die Modernisierung der russischen Arktisflotte und militärischer Stützpunkte sowie die steigende Zahl russischer Militärmanöver in der Arktis, wenn nicht als bedrohlich, so doch mindestens als provokativ auf. Wahrnehmung und Vertrauen in die Handlungen anderer Akteure sind in einem Sicherheitsdilemma von

fundamentaler Bedeutung, wodurch die Gefahr für einen Rüstungswettlauf in der Arktis steigt. Erste Anzeichen hierfür lassen sich beobachten: So kündigte beispielsweise Norwegen im Mai dieses Jahres an, fast 500 Millionen US-Dollar in die Modernisierung seiner Streitkräfte zu investieren. Schweden sucht eine engere militärische Kooperation mit den USA und will knapp 700 Millionen US-Dollar in die Marine investieren; auch Finnland scheint eine engere Kooperation mit der NATO anzustreben.[26] Doch eine Militarisierung der Arktis steht den Interessen sowohl der arktischen Staaten als auch denen der übrigen Staatengemeinschaft entgegen. Die USA dürfen ihren Vorsitz daher nicht für eine Ausgrenzung Russlands aus dem Arktischen Rat nutzen. Vielmehr sollten sie Projekte anstoßen, die eine Kooperation auf grundlegendem Niveau am Leben erhalten. Der Erfolg des Rates ist seiner unaufgeregten, fast technokratischen Arbeit geschuldet – an diese gilt es auch weiterhin anzuknüpfen. Für die USA als führende NATO-Nation wird es ungemein schwierig sein, geostrategische Problemlagen gänzlich aus der Ratspräsidentschaft auszuklammern. Doch nur wenn dies gelingt, kann die auf dem Konsensprinzip beruhende Arbeit des Rates auch in Zukunft Früchte tragen. Damit dies weiterhin möglich bleiben wird, müssen die USA in ihrer Rolle als Vorsitzender darauf verzichten, sich als Erster unter Gleichen zu gebärden und Sicherheitspolitik zu einem Thema des Arktischen Rates zu machen.

Ansatzpunkte für die Diplomatie

Noch ist nicht final abzusehen, ob die derzeitigen Investitionen in die militärischen Fähigkeiten anhalten werden. Deutschland sollte seine Rolle als Beobachter im Arktischen Rat nutzen, um positiv auf eine Einbindung Russlands hinzuwirken. Durch seinen Fokus auf nicht-sicherheitspolitische Fragen würde sich der Rat besonders gut dazu eignen, ein Sicherheitsdilemma zu entschärfen. Die USA müssen für ihre Ratspräsidentschaft ein Rezept entwickeln, das es ihnen ermöglicht, auch ein in die Enge getriebenes Russland einzubinden. Angesichts steigender Durchfahrten und der insgesamt zunehmenden ökonomischen Nutzung der Arktis gibt es genügend Aufgaben, die nicht aufgeschoben werden können: Kartografie, der Ausbau von Infrastruktur, Schutz und Erhalt der Kultur indigener Bevölkerungen und die angesprochene Nothilfe. Da sie nicht originär oder nicht gänzlich dem Erwirtschaften etwaiger Profite untergeordnet sind, wären all dies mögliche Ansatzpunkte für Interaktion und Kooperation.

Am 17. Juli einigten sich die fünf arktischen Anrainerstaaten auf ein Verbot des kommerziellen Fischfangs in einem 2,8 Millionen Quadratkilometer großen Seegebiet rund um den Nordpol. Trotz der Belastung der Ukrainekrise scheinen also noch diplomatische Lösungen in der Arktis umsetzbar zu sein. Es bleibt zu hoffen, dass der Hohe Norden auch in Zukunft in der internationalen Diplomatie eine Sonderrolle einnimmt, die vom Geiste der Kooperation dominiert wird.

Jonas Kassow ist Assistent des Programms USA/Transatlantische Beziehungen der DGAP.

Anmerkungen

1 Eine geläufige Definition weist alles Gebiet nördlich des Polarkreises (66° 33′ nördliche Breite) der Arktis zu. Andere Definitionen richten sich z.B. an der Baumgrenze oder der Temperatur aus.

2 Durch die geografische Nähe boten sich die arktischen Gebiete der USA und Russlands für die Stationierung atomwaffenbestückter Flugzeuge an. Zusätzlich bewegten sich während des Kalten Krieges diverse mit Atomsprengköpfen bestückte U-Boote in arktischen Gewässern.

3 Der Roundtable setzt sich aus leitenden Militärs der acht arktischen Staaten und ausgewählter Alliierter zusammen. Die Treffen finden im jährlichen Turnus statt. Im Rahmen des Roundtables werden sicherheitspolitische Fragen erörtert und Ideen ausgetauscht. Er besitzt keine Autorität, formal bindende Entscheidungen zu verabschieden.

4 Vgl. Trude Pettersen, USA Cancels Joint Exercises with Russia, in: Barents Observer, 5.3.2014, <http://barentsobserver.com/en/security/2014/03/usa-cancels-joint-exercises-russia-05-03> (abgerufen am 26.8.2015); Ekaterina Klimenko, Russia and the Arctic: An End to Cooperation?, SIPRI Essay März 2015, Stockholm International Peace Research Institute, 2015, <http://www.sipri.org/media/newsletter/essay/mar-15-russia-and-the-arctic> (abgerufen am 25.7.2015).

5 Vgl. Bob Reis, In the Race to Control the Arctic, the U.S. Lags Behind, in: Newsweek, 6.7.2015, <http://www.newsweek.com/2015/07/17/cold-cold-war-349973.html> (abgerufen am 22.7.2015).

6 Vgl. Martin Pratt, The Arctic Ocean Belongs to Whom, in: Le Cercle Polaire, Paris 2008.

7 Vgl. Andrea Charron, The Northwest Passage in Context, in: Canadian Military Journal, Nr. 4, 2005, S. 41-48.

8 Für eine Zusammenfassung der angesprochenen Strategien und Maßnahmen vgl. Charles Ebinger, John P. Banks, Alisa Schackmann, Offshore Oil and Gas Governance in the Arctic: A Leadership Role for the U.S., in: The Energy Security Initiative, Brookings Institution, Policy Brief 14-01, März 2014, S. 1-59, <http://www.brookings.edu/~/media/Research/Files/Reports/2014/03/offshore-oil-gas-governance-arctic/Offshore-Oil-and-Gas-Governance-web.pdf?la=en> (abgerufen am 3.8.2015).

9 Der Heimathafen der Arktisflotte der US-Küstenwache befindet sich in Seattle im Bundesstaat Washington.

10 Je nach Berechnungsmodell und Datennutzung wird erwartet, dass die arktischen Gewässer in den Sommermonaten ab frühestens 2020 größtenteils eisfrei sein könnten. Die vorsichtigsten Vorhersagen geben das Jahr 2060 als Marke aus. Investoren erhoffen sich vor allem Gewinne aus der Ausbeutung von Öl- und Gasfeldern, dem Bergbau, dem Tourismus und der Fischerei. Laut einer Studie von Lloyds und Chatham House könnte man in der nächsten Dekade mit Investitionen von US-$ 100 Milliarden und mehr rechnen; vgl. Charles Emmerson, Glada Lahn, Arctic Opening: Opportunity and Risk in the High North, Lloyds und Chatham House, April 2012, S. 18-32, <http://www.chathamhouse.org/sites/files/chathamhouse/public/Research/Energy,%20Environment%20and%20Development/0412arctic.pdf> (abgerufen am 31.8.2015).

11 65 % des gesamten in der Arktis vermuteten Öls und 26 % des Gases sollen sich auf US-Territorium befinden.

12 Vgl. Kenneth J. Bird et al., Circum-Arctic Resource Appraisal: Estimates of Undiscovered Oil and Gas North of the Arctic Circle, US Department of the Interior, US Geological Survey, Washington, DC, 2008, S. 1-4, <http://pubs.usgs.gov/fs/2008/3049/fs2008-3049.pdf> (abgerufen am 25.7.2015); Ernst and Young, Arctic Oil and Gas, London, 2013, S. 2-11, <http://www.ey.com/Publication/vwLUAssets/Arctic_oil_and_gas/$FILE/Arctic_oil_and_gas.pdf> (abgerufen am 25.7.2015).

13 Die USA können keine rechtskräftigen Ansprüche anmelden, solange sie nicht das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (United Nations Convention on the Law of the Sea, UNCLOS) ratifizieren.

14 Vgl. International Boundaries Research Unit, Maritime Jurisdiction and Boundaries in the Arctic Region, Universität Durham, 2015, S. 1-4, <https://www.dur.ac.uk/resources/ibru/resources/Arcticmap04-08-15.pdf> (abgerufen am 3.8.2015).

15 Vgl. Atle Staalesen, Grand Losses in Offshore Arctic Oil, in: Barents Observer, 26.8.2015, <http://barentsobserver.com/en/energy/2015/08/grand-losses-offshore-arctic-oil-26-08> (abgerufen am 27.8.2015); Richard Milne, Christopher Adams, Ed Crooks, Oil Companies Put Arctic Projects into Deep Freeze, in: Financial Times, 5.2.2015, <http://www.ft.com/cms/s/0/ae302d22-ad1b-11e4-a5c1-00144feab7de.html#slide0> (abgerufen am 25.7.2015).

16 Vgl. Kenneth J. Bird et al., Circum-Arctic Resource Appraisal, S. 1-4; Ernst and Young, Arctic Oil and Gas, a.a.O. (Anm. 12), S. 2-11.

17 Die Sanktionen verbieten die Ausfuhr von Ausrüstung und Technologien, die zur Extraktion (ab 150 Metern Wassertiefe) und Herstellung von Tiefseeöl, arktischem Öl und Schieferöl benötigt werden. Vgl. Jonas Kassow, Western Sanctions Will not Create a Chinese-Russian Alliance, The Arctic Institute, 2015, <http://www.thearcticinstitute.org/2015/03/032515-Western-Sanctions-China-Russia.html> (abgerufen am 26.7.2015); Siân Fellows et al., EU Clarifies Russian Sanctions, in: Reed Smith Client Alerts, <http://www.reedsmith.com/EU-clarifies-Russian-sanctions-12-12-2014/?utm_source=Mondaq&utm_medium=syndication&utm_campaign=View-Original> (abgerufen am 25.7.2015).

18 Thomas Nielsen, Sanctions Have Cost ExxonMobil $1bn, in: Barents Observer, 3.3.2015, <http://barentsobserver.com/en/energy/2015/03/sanctions-have-cost-exxonmobil-1bn-03-03> (abgerufen am 27.8.2015).

19 Eric Lidji, Explorers 2015: Shell Pressing Ahead in Chukchi after Setbacks, in: Petroleum News, Nr. 23, Juni 2015, <http://www.petroleumnews.com/pntruncate/892400427.shtml> (abgerufen am 3.8.2015).

20 Vgl. Trude Pettersen, Russia's Arctic Oil Rig Reaches 4 Million Barrels, in: Barents Observer, 31.7.2015, <http://barentsobserver.com/en/energy/2015/07/russias-arctic-oil-rig-reaches-4-million-barrels-31-07> (abgerufen am 3.8.2015).

21 Vgl. Lars Ingolf Eide, Magnus Eide, Øyvind Endresen, Shipping Across the Arctic Ocean: A Feasible Option in 2030-2050 as a Result of Global Warming?, DNV, Research and Innovation, Position Paper 4, 2010, S. 4-20; Arctic Council, Arctic Marine Shipment Assessment 2009 Report, Protection of the Marine Environment, 2009, S. 70-134.

22 Übersetzung des Autors, Original unter: B. Reis, In the Race to Control the Arctic, a.a.O. (Anm. 5).

23 Vgl. ABS Consulting, United States Coast Guard High Latitude Region Mission Analysis Capstone Summary, Juli 2010, S. 2, <http://assets.fiercemarkets.net/public/sites/govit/hlssummarycapstone.pdf> (abgerufen am 1.9.2015).

24 Vgl. A. Staalesen, New Icebreakers Open Way for Russia In Arctic, 5.5.2015, <http://barentsobserver.com/en/arctic/2015/05/new-icebreakers-open-way-russia-arctic-05-05> (abgerufen am 27.8.2015).

25 Vgl. Ronald O'Rourke, Coast Guard Polar Icebreaker Modernization: Background and Issues for Congress, in: CRS Report RL34391, Congressional Research Service, Washington D.C., 2015, S. 10 <https://www.fas.org/sgp/crs/weapons/RL34391.pdf> (abgerufen am 10.8.2015).

26 Vgl. Gerard O'Dwyer, Norway Adds $500M to Bolster High North, in: Defense News, 4.5.2015, <http://www.defensenews.com/story/defense/policy-budget/budget/2015/04/30/norway-budget-increase-russia-ukraine-baltic-air-defense-nasams-leopard-tank-f35/26661873/> (abgerufen am 27.8.2015); G. O'Dwyer, Rising Tensions Boost Nordic, Baltic Spending, in: Defense News, 27.6.2015, <http://www.defensenews.com/story/defense/policy-budget/2015/06/27/finland-sweden-russia-nato-baltics-tensions-budgets-gdp/29289941/> (abgerufen am 27.8.2015); G. O'Dwyer, Sweden Invests in Naval Capacity, Baltic Sea Ops, in: Defense News, 20.3.2015, <http://www.defensenews.com/story/defense/2015/03/20/sweden-invests-in-naval-capacity-and-baltic-sea/25093841/> (abgerufen am 27.8.2015); Sweden to Boost Military Ties with the United States, in: The Local Se, <http://www.thelocal.se/20150822/sweden-to-boost-military-ties-with-us> (abgerufen am 27.8.2015).

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
This work is licensed under a Creative Commons Attribution – NonCommercial – NoDerivatives 4.0 International License.

DGAP
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
German Council on Foreign Relations

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Rauchstraße 17 / 18 · 10787 Berlin
Tel. +49 (0)30 25 42 31 -0 / Fax -16
info@dgap.org · www.dgap.org

Herausgeber
Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, *Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e.V.*

ISSN 2198-5936

Redaktion Sabine Wolf
Layout / Satz Sabine Wolf
Designkonzept Carolyn Steinbeck · Gestaltung
© DGAP 2015